

# Autoritärer Staat und pluralistische Gesellschaft in den ersten Jahrzehnten des Bismarckischen Reiches\*

Von Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Die Zeit Bismarcks ist von vielen Autoren umfassend dargestellt worden. Diese subtilen historischen Forschungen scheinen aber doch einer Ergänzung von seiten der politischen Soziologie her zu bedürfen, damit die politisch und gesellschaftlich wirksamen soziologischen Kräfte schärfer erfaßt werden. Was hier in Kürze geboten wird, geht über den Rahmen eines Versuchs nicht hinaus.

## Die sachlichen Voraussetzungen

Als Bismarck das Deutsche Reich als einen Bund Deutscher Fürsten schuf, und als er dem Bund eine Verfassung gab, lag ihm daran, die Eigenarten der einzelnen deutschen Staaten und das Selbstbewußtsein der Fürsten zu schonen. Doch gleichzeitig sollte der Partikularismus durch die preußische Hegemonie niedergehalten werden. Der aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag war ebenfalls als ein Gegengewicht gegen den Partikularismus gedacht, während zu große Machtgelüste des Parlaments wieder durch das hegemoniale Preußen gezähmt werden konnten, wo die Krone als gleichberechtigter Faktor neben dem Parlament stand. Wenn Bismarck jede Parlamentarisierung und Demokratisierung von vorneherein fernhalten wollte<sup>1</sup>, so lehnte er keineswegs eine schöpferische Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament ab. Dem Reichstag war zudem die Aufgabe zugewiesen, das Staatsleben bewegt und lebendig zu erhalten, aber nie sollte sich die Regierung von ihm leiten lassen, sondern das Parlament hatte dazu beizutragen, die öffentliche Meinung im Sinne der Regierung zu beeinflussen<sup>2</sup>. Neben dem Reichstag als der mehr unitarischen Vertretung des ganzen deutschen Volkes war der Bundestag die Vertretung der Fürsten und da-

---

\* Erweiterte Wiedergabe eines am 3.12.1962 in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Berlin gehaltenen Vortrags.

<sup>1</sup> Fritz Demmler: Bismarcks Gedanken über Reichsführung. Tübingen 1934. S. 17. — Fritz Hartung: Deutsche Verfassungsgeschichte. Stuttgart 1959. S. 271.

<sup>2</sup> Otto Becker: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung. Heidelberg 1958. S. 104.

mit wieder eine Bremse gegen den Parlamentarismus und die Demokratie; in ihm konnte die hegemoniale Stellung Preußens voll zur Geltung gebracht werden.

Über alle dem schwebte der Reichskanzler als der allein verantwortliche Vertreter der Exekutive, dem nicht, wie es Benningsen und die Nationalliberalen wollten, ein kollegiales Reichsministerium zur Seite stand. Erst später, nachdem das Stellvertretergesetz von 1875 zustandegekommen war, konnte sich der Reichskanzler von Staatssekretären vertreten lassen, aber diese Staatssekretäre blieben stets seine Untergebenen. So besaß der Reichskanzler, der Preußischer Ministerpräsident und Preußischer Minister des Auswärtigen in einer Person war, eine ausgesprochen beherrschende Stellung, die ihre letzte Wurzel im Vertrauen des Preußischen Königs hatte, der, ohne von der Mehrheit des Preußischen Landtages abhängig zu sein, Minister ernennen und entlassen konnte. Auf diese Weise war es möglich, die Stellung des Reichskanzlers aus der kollegialen Verfassung des Preußischen Staatsministeriums herauszuheben und ihm dadurch einen autoritären Einfluß einzuräumen, der sich über den Bundesrat auf die Geschehnisse im Reich auswirken mußte.

Die Verfassung gab dem Parlament nicht das Recht, als Vertretung des deutschen Volkes dessen Willen derart durchzusetzen, daß es aus sich heraus eine Regierung bildete, die für ihre Amtsführung sich auf die Zustimmung der Mehrheit des Parlaments hätte stützen können. So hatte der Reichstag nur die Möglichkeit, Kritik zu üben. Da Kanzler und Staatssekretäre nicht dem Reichstag entstammten, fehlte die organische Verbindung zwischen Volksvertretung und Regierung<sup>3</sup>.

Man darf bei all dem nicht vergessen, daß die Bismarckische Verfassung ein Problem zu lösen hatte, wie es bisher einem Verfassungsgeber noch nicht gestellt worden war. Sie sollte aus einer Vielzahl souveräner Monarchien einen Bund schaffen, der staatlichen Charakter hatte. Vor allem mußte ein tragfähiger Ausgleich zwischen einzelstaatlicher und bundesstaatlicher Gewalt hergestellt werden. Verfassungsmodelle anderer Länder ließen sich nicht auf deutsche Verhältnisse übertragen. Die gefährdete außenpolitische Lage verlangte, daß die Verfassung eine kraftvolle Politik nach außen und nach innen gewährleisten sollte. Der schweizer Historiker Leonhard v. Muralt hat daher wohl recht, wenn er meint, daß Bismarck unter den ihm gegebenen Voraussetzungen das Beste gemacht hätte, was zu machen war<sup>4</sup>.

Die Verfassung Bismarcks mußte einen Staat organisieren, der zum integrierenden Faktor einer in der Wandlung begriffenen Gesell-

<sup>3</sup> Hartung: a.a.O., S. 289.

<sup>4</sup> Leonhard v. Muralt: Bismarcks Reichsgründung. Stuttgart 1947. S. 23.

schaft werden sollte. Diese Wandlung von der agrarisch-feudalistischen zur industriellen pluralistischen Gesellschaft, die in den ersten Jahrzehnten des Bismarckischen Reiches vor sich ging, war zunächst bedingt durch die ökonomische Entwicklung.

Als im Jahre 1870 der Krieg gegen Frankreich ausbrach, befand sich Deutschland im Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat. Es hatte damals, um mit W. G. Hoffmann zu sprechen, gerade das zweite Stadium der Industrialisierung erreicht, in dem sich neben einer leistungsfähigen Konsumgüterindustrie eine Industrie der Produktionsmittel zu entwickeln begann<sup>5</sup>. Dieser Vorgang wurde durch zwei Momente beeinflusst: Zuerst war es die französische Kriegsentschädigung von 4 Milliarden M., die das Angebot an Geldkapital sprunghaft erhöhte und dadurch eine steil emporsteigende Hochkonjunktur mit stark spekulativem Einschlag hervorrief. Das zweite Moment war die an diese Hochkonjunktur sich anschließende Weltwirtschaftskrise, die von 1873 ab die Industrie und die Landwirtschaft erfaßte. Die Krise im industriellen Bereich suchte vor allem die Eisen- und Stahlindustrie sowie die süddeutsche Fertig- und Textilindustrie heim. Da infolge der gesunkenen Kaufkraft der amerikanischen Farmer die Exporte der englischen Schwer- und Textilindustrie in den USA keinen entsprechenden Absatz fanden, warfen die Engländer ihre Erzeugnisse zu stark gesenkten Preisen auf den deutschen Markt.

Die deutschen Landwirte hatten sich auf Grund ihrer früheren Erfahrungen auf steigende Preise eingerichtet. Seit den zwanziger Jahren waren nämlich die Getreidepreise bis zum Ausbruch der Krise ständig gestiegen. Der von 1878 bis 1881 verdreifachte Weizenexport der USA und verstärkte Getreideausfuhren aus Rußland ließen die Preise jedoch schnell und stark sinken. Die Arbeiterentlassungen in den zusammengebrochenen Industrieunternehmen bewirkten, daß sich die Kaufkraft der breiten Massen senkte, wodurch die Agrarpreise weiter gedrückt wurden. Die zunehmende Zahl der Arbeitslosen rief ein weit verbreitetes Elend hervor, so daß sich die sozialen Spannungen verschärften. Dadurch wurde wiederum die gesellschaftliche Struktur des neu geschaffenen Reiches erschüttert. Hinzu kam der Rückgang der staatlichen Einnahmen bei steigenden Ausgaben, ein Vorgang, der die noch nicht genügend konsolidierten Finanzen des neuen Reiches gefährdete. Um die ökonomische und finanzielle Lage des Reiches zu festigen, suchte Bismarck die nationale Arbeit durch Zölle zu schützen. Die Erträgnisse dieser Zölle sollten dazu dienen, die Reichsfinanzen gesund zu machen.

<sup>5</sup> Walther G. Hoffmann: *Stadien und Typen der Industrialisierung*. Jena 1931.

Gleichzeitig und unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung trat ein neues Moment in Erscheinung, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Staat und katholischer Kirche. Die siegreichen Kriege von 1866 und 1870 hatten das Bild Europas, wie es sich in den Augen der katholischen Kirche gestaltet hatte, weitgehend verändert. Das apostolische Kaisertum der Habsburger war aus dem Verband des Reiches ausgeschieden, und an seine Stelle war im Bismarckreich das protestantische Kaisertum der Hohenzollern getreten. Österreich gehörte nicht mehr dem Deutschen Reich an, und damit war Deutschland zu einem überwiegend protestantischen Staat geworden, der nun auch seinen Einfluß in der großen Politik geltend machen mußte. Zur gleichen Zeit war die weltliche Macht des Papsttums geschwunden, als nach dem Abzug der französischen Truppen italienische Soldaten Rom besetzten und zur Hauptstadt des weitgehend säkularisierten Königreichs Italien machten, in dem Staat und Kirche getrennt waren. In dem neuen kleindeutschen Reich, das freundschaftliche Beziehungen zum Königreich Italien unterhielt, sahen katholische Kreise, nicht nur in Deutschland, eine Gefahr für den Katholizismus und eine Minderung der päpstlichen Macht auf weltlichem Gebiet.

In Preußen war seit der Regierung Friedrich Wilhelms IV. das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche besonders gut gewesen. Selbst katholische Historiker mußten feststellen, daß man um die Wende der sechziger und siebziger Jahre von Preußen hätte lernen können, wie die katholische Kirche behandelt werden müßte, um segensreich zu wirken<sup>6</sup>. So war die Masse der deutschen Katholiken nicht gegen das protestantische Kaisertum eingestellt, sondern sie traten für die von Bismarck geschaffene Einheit des deutschen Volkes mit der gleichen Begeisterung ein, wie die anderen Deutschen auch<sup>7</sup>. Einflußreiche Kreise des deutschen Katholizismus empfanden es zwar schmerzlich, daß dem Papst die weltliche Souveränität genommen worden war, aber darunter litt ihre Loyalität gegen Kaiser und Reich im allgemeinen nicht. Das waren vor allem der hohe und niedere katholische Adel im Rheinland, in Westfalen und in Bayern sowie Teile des katholischen Bildungsbürgertums, die allerdings oft Hort partikularistischer Bestrebungen, besonders in Bayern, waren.

Zu diesen im wesentlichen politischen Problemen, die den deutschen Katholizismus bewegten, kamen geistige: Die Gegensätze innerhalb der damaligen Gesellschaft hatten ihre Ursache im geistigen

<sup>6</sup> Julius und Karl *Bachem*: Die kirchenpolitischen Kämpfe in Preußen. Freiburg i. Br. 1910. S. 15.

<sup>7</sup> Karl *Bachem*: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Zentrumspartei. Bd. I. Köln 1927. S. 162.

Liberalismus, der die deutsche Philosophie und die protestantische Theologie erfaßt hatte. Schon die deutsche klassische Dichtung war nur lose mit der christlichen Weltanschauung verbunden. Die Philosophie Schopenhauers, die zur Weltanschauung des gebildeten Bürgertums geworden war, hatte dann offen das christliche Dogma aufgegeben; der junge Nietzsche bereitete einen zentralen Angriff auf das Christentum vor, und der historische Materialismus von Marx und Engels war antireligiös und atheistisch. Dadurch wurden im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die religiösen Werte erschüttert. Sogar die Grundlage des Christentums selbst, die Bibel, wurde Gegenstand der Kritik, als David Friedrich Strauss das Neue Testament einen Mythos nannte und Ludwig Feuerbach mit einem „für das gebildete Deutschland der siebziger Jahre typischen Buch“<sup>8</sup> „Vom alten und vom neuen Glauben“ gegen Lehre und Dogmen des Christentums zu Felde zog. Gemäßigter war der liberale Protestantismus des Göttinger Professors der Theologie, Albrecht Ritschl. Er wollte, daß das Christentum vor allem in der Erfüllung der Berufspflichten bestünde. Diese undogmatische Ethisierung des Christentums hatte eine starke Verbürgerlichung der christlichen Botschaft zur Folge<sup>9</sup>. Die liberale Theologie wurde mehr und mehr zur Glaubensgrundlage weiter Kreise des Bildungsbürgertums, während das Besitzbürgertum im wesentlichen gleichgültig war, und hier ein stark auf die materiellen Werte hin orientiertes Denken die Geister erfaßte. Im Gegensatz dazu hielten der protestantische Adel, die obere evangelische Beamtschaft und das Offizierkorps meist an der protestantischen Orthodoxie fest.

Die protestantische Kirche war durch das Summepiskopat des Landesherren eng mit dem Staat und der Krone verbunden. Die Masse der Pfarrer war daher königstreu-konservativ und lehnte Demokratie in jeder Form ab. Die Predigt war also meist auf die Erhaltung des Bestehenden eingestellt und in erheblichem Umfang politisch gefärbt; der Staat benutzte die Kirche dazu, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu verteidigen und aufrechtzuerhalten<sup>10</sup>. Im Emanzipationskampf der Arbeiter sah die protestantische Kirche einen Versuch, diese Staats- und Gesellschaftsordnung umzustürzen. Der Protestantismus verstand nicht die Zeichen der Zeit und vermochte auch nicht, die Erschütterung der geistigen und geistlichen Werte aufzuhalten.

Die katholische Kirche dagegen war nicht an den Staat und an die Krone gebunden. Sie hatte bereits in den sechziger Jahren erkannt,

<sup>8</sup> Ernst v. Aster: *Geschichte der Philosophie*. Stuttgart 1954. S. 360.

<sup>9</sup> Walther v. Loewenich: *Die Geschichte der Kirche*. Witten 1959. S. 374.

<sup>10</sup> Adolf v. Harnack: *Das Wesen des Christentums*. Stuttgart 1950. S. 174.

worum es dem Arbeiter in seinem Emanzipationskampf ging. Der Mainzer Bischof Frhr. v. Ketteler stellte in seiner 1869 erschienenen Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ klar heraus, daß es nicht allein Lohnfragen wären, die den Arbeiter bewegten, sondern daß es ihm vor allem darum ginge, die volle gesellschaftliche Gleichberechtigung zu erhalten. Das aber hieß für Ketteler, daß die soziale Frage nicht mit den Mitteln der Caritas gelöst werden könnte.

Dem Angriff auf die christliche Lehre und deren Werte begegnete der Papst für die ganze katholische Kirche mit dem Syllabus errorum, mit der Encyclica Quanta Cura und dem Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes in Fragen der Lehre. Sein Ziel war die geistige und organisatorische straffe Zusammenfassung der katholischen Kirche. Der Katholizismus sah in der Autorität des Papstes das sicherste Bollwerk gegen Liberalismus und Revolution. Er suchte das Heil „ultra montes“ jenseits der Alpen, in Rom.

Der Syllabus war im wesentlichen eine Absage an den Liberalismus und an sein Bestreben, dem weltlichen Recht vor dem kirchlichen Recht den Vorrang einzuräumen, falls sich weltliches und kirchliches Recht widersprächen. Dadurch fühlten sich die Kreise des deutschen Bürgertums getroffen, die dem Liberalismus zuneigten und in erheblichem Maße an der Einigung des deutschen Volkes mitgewirkt hatten.

Dieses liberale Bürgertum trat in der Zeit des Übergangs vom Agrar- zum Industriestaat gesellschaftlich hinter dem Adel zurück. Der sich entwickelnde deutsche Industriestaat zeigte noch ein beträchtliches agrarisch-feudales Gepräge. Über 50 % aller hauptberuflich Tätigen gehörten der Landwirtschaft an. Ostwärts der Elbe waren über 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Hand des Großgrundbesitzes, und die Masse der Großgrundbesitzer entstammte adligen Familien. In West-, Mittel- und Süddeutschland war allerdings der Anteil des Großgrundbesitzes geringer, und hier herrschten das Großbauerntum und der mittlere bäuerliche Grundbesitz vor. Der Adel besaß aber, gesellschaftlich gesehen, überall eine überragende Stellung. In der kaiserlichen Diplomatie waren nur 37 % der Missionschefs bürgerlich. Die wichtigsten Botschaften und die maßgeblichen Stellen des Auswärtigen Amtes waren von Adligen besetzt. In der Verwaltung, vor allem in den östlichen Provinzen Preußens, überwog der Adel ebenfalls. Das gleiche galt für das Offizierkorps Preußens und Sachsens. Der bayerische Adel hatte weniger den Offizierberuf ergriffen. Im Preußischen Abgeordnetenhaus stammten 1878 40 % der Abgeordneten aus dem Adel. Diese Führungsschicht be-

herrschte also in weitem Umfang Bürokratie und Militär und hatte damit die entscheidenden Machtpositionen im Staat inne<sup>11</sup>.

In Preußen insbesondere war aus historischer Überlieferung ein enges persönliches Treueverhältnis zwischen König und Adel vorhanden, das bei der verfassungsmäßig starken Stellung der Krone von besonderem Gewicht war. Der Adel gewährleistete durch seinen Einfluß in der Verwaltung und im Heer sowie auch im Parlament die Machtstellung des Königs, und der König stellte durch das ihm zustehende Recht, die Beamten und Offiziere zu ernennen, den Einfluß der führenden Schicht seinerseits sicher. Die Kreisordnung für die östlichen Provinzen Preußens von 1872 schaffte zwar die gutsherrliche Polizei und Dorfverwaltung sowie in den Kreistagen die Virilstimmen der Rittergutsbesitzer ab und schränkte die bisherige Macht des Großgrundbesitzes in der lokalen ländlichen Verwaltung ein. Doch der preußische Minister des Innern, Robert v. Puttkamer, sorgte im Einverständnis mit Bismarck dafür, daß das preußische Beamtentum eine einheitliche konservative Schicht bildete, in der die gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen des Adels gewahrt blieben<sup>12</sup>. Die deutsche Gesellschaft zeigte also zur Zeit Bismarcks noch erhebliche feudale Züge, die im Gegensatz zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung standen. Die führende Schicht, vor allem in Preußen, waren demnach Landadel, Offizierskorps und Beamtenschaft, wobei der Adel den Kern dieser Schicht bildete. Wenn auch der Adel durch zahlreiche Nobilitierungen aus dem Bildungs- und Besitzbürgertum vermehrt worden war, so assimilierte sich dieser neue Adel mit dem alten grundbesitzenden Adel und verschwägte sich mit ihm. Er nahm auch die ganze Lebensauffassung des alten Adels an. Ihr Kennzeichen war der eigenartige, ursprünglich nur in Preußen vorhandene Ehrbegriff des Offizierkorps und der hohen Beamtenschaft, der sich dann über das Offizierkorps in den anderen Bundesstaaten mehr oder weniger ausbreitete. Das ist die Auffassung von der Satisfaktionsfähigkeit und Nichtsatisfaktionsfähigkeit. Diese Auffassung trennte den Adel von den anderen Schichten und Klassen und umschloß „die besten und edelsten Kräfte wie ein Harnisch“<sup>13</sup> (Fürst zu Eulenburg).

---

<sup>11</sup> Nikolaus v. Preradovich: Führungsschichten in Österreich und Preußen 1804 bis 1918. Wiesbaden 1955. S. 81 ff., 132, 155, 162.

<sup>12</sup> Fritz Hartung: Zur Geschichte des preußischen Beamtentums im 19. und 20. Jahrhundert. Abhandlungen der Berliner Akademie der Wiss. 1945/46, Phil. Hist. Klasse.

<sup>13</sup> Johannes Haller: Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. Berlin 1925. S. 324. S. dazu auch die Angaben bei Werner Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. 8. Aufl. 1954. S. 469 ff.

So war es kein Wunder, wenn das Besitzbürgertum, das im Zeichen der Industrialisierung Deutschlands an Zahl und gesellschaftlicher Bedeutung zunahm, sich der Politik im allgemeinen fernhielt und sich in erster Linie dem Auf- und Ausbau seiner Unternehmen widmete. Die westdeutschen Unternehmer lehnten es meistens ab, für den Reichstag zu kandidieren, weil der Abgeordnete keine Möglichkeit hatte, innerhalb der Regierung entscheidend an den Geschicken des Landes mitzuwirken, so daß die Laufbahn und die gesellschaftliche Stellung des Abgeordneten und Politikers von erheblich geringerem Ansehen waren als z. B. in England. Damit entfremdete sich das Unternehmertum dem Staat, den tätig mitzutragen seine gesellschaftliche Aufgabe gewesen wäre.

Nur das Bildungsbürgertum führte noch in gewissen Grenzen den Emanzipationskampf des Bürgertums weiter, wenn es sich gegen die Vorherrschaft des Adels in Verwaltung und Offizierkorps wandte. Doch wichtiger als die hinschleichende Auseinandersetzung zwischen Adel und Bürgertum wurde der Kampf der Interessen zwischen Landwirten und Industriellen und die Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Bis in die fünfziger Jahre gingen die Keime der pluralistischen Gesellschaft zurück, deren volle Entfaltung jetzt einsetzte. Pluralistisch ist eine Gesellschaft, in der viele verschiedene und in sich heterogene sekundäre Gruppen entstehen. Der einzelne und die Gruppen als Ganzes wurden in den Schnittpunkt der gegenseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen sekundären Gruppen gestellt und damit in den Kampf um den Einfluß und um die Macht im Staate hineingezogen. Diese heterogenen Gruppen sind insbesondere die politischen Parteien, Interessentenverbände, Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen. Die pluralistische Gesellschaft ist die Gesellschaftsform der berufsgespaltenen kapitalistischen Industriegesellschaft.

In den siebziger Jahren begannen infolge der von Bismarck unter dem Motto „Schutz der nationalen Arbeit“ eingeleiteten Schutzzollpolitik die Interessentenverbände wie Pilze aus der Erde zu schießen. Interessentenverbände sind freiwillige, auf privatrechtlicher Grundlage beruhende Zusammenschlüsse von Interessenten. Sie wollen versuchen, durch „Druck auf Parteien, Abgeordnete, Staatsverwaltung und Regierung ihre begrenzten sozialen und ökonomischen Interessen durchzusetzen“<sup>14</sup>. Sie erstrebten daher, daß Männer, die mit den Zielen der Verbände vertraut waren, als Abgeordnete in die Parlamente gewählt wurden. Geling es ihnen, ihre Vertreter als Abgeordnete in

---

<sup>14</sup> Otto Stammer: Gesellschaft und Politik im Handbuch der Soziologie. Stuttgart 1956. S. 594.



die Volksvertretungen hineinzubringen, so waren diese Abgeordneten an fachlichen Kenntnissen oft den staatlichen Bürokraten überlegen, die ihnen im Auftrag der Regierung gegenüberstanden. Auf diese Weise erlangten sie einen erheblichen Einfluß auf Inhalt und Gestaltung der Gesetzgebung.

Diese Interessentenverbände waren Vereinigungen industrieller Unternehmer einerseits und der Landwirte andererseits. Führung und Leitung dieser Interessentenverbände lag in den Händen hauptamtlich angestellter, bezahlter Funktionäre, die nicht selten früher als Beamte der staatlichen Bürokratie angehört hatten und dadurch oft über wichtige Beziehungen zur staatlichen Verwaltung und den Ministerien verfügten. Der Funktionär verdankte seine Existenz der Tatsache, daß der einzelne Unternehmer oft mehreren Interessentenverbänden angehörte, und daß die Unternehmer selbst nicht die nötige Zeit hatten, sich der Leitung ihrer Unternehmen und der Interessentenverbände gleichzeitig zu widmen. So begnügten sich die Vorsitzenden der Interessentenverbände damit, die allgemeinen Linien der Politik festzulegen und die Ausführung den bezahlten, hauptamtlichen Kräften zu überlassen. Funktionäre sind also ein Produkt der pluralistischen Gesellschaft.

Die industriellen Unternehmerverbände begannen sich in den fünfziger bis siebziger Jahren zunächst als Verkehrsvereine zu bilden. Sie wollten durch eine richtige Verkehrspolitik der aufblühenden Großindustrie Wege und Raum schaffen<sup>15</sup>. Das änderte sich, als im Jahre 1871 der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen gegründet wurde und als ihm 1876 der Zentralverband Deutscher Industrieller folgte. Während die Zahl der industriellen Unternehmerverbände in der Zeit von 1860 bis 1869 nur 27 betrug, waren es 1870 bis 1879 schon 74 und 1880 bis 1889 126<sup>16</sup>.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet zeigte es sich, daß während des Übergangs vom Agrar- zum Industriestaat die Landwirtschaft, vor allem die Masse der Bauern, der ökonomischen Entwicklung nur unvollkommen zu folgen vermochte. Deshalb gründete der Frhr. v. Schorlemer-Alst im Jahre 1871 den Westfälischen Bauernverein, dem gleiche Vereine in den anderen Provinzen folgten. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz schloß sich 1876 im Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer zusammen, der darauf ausging, die meist noch freihändlerisch eingestellte Landwirtschaft zum Schutzzoll zu

<sup>15</sup> Gerhard Kessler: Die deutschen Arbeitgeberverbände. In: Schr. d. Ver. f. Soz.Pol., Bd. 24. Leipzig 1907. S. 5.

<sup>16</sup> Walter Herrmann: Die Geschichte der Unternehmerverbände in Europa. In: Europa, Erbe und Auftrag. Festgabe für Kuske. Köln 1951. S. 115.

bekehren. Gründer waren der Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode und der Rittergutsbesitzer v. Helldorf-Bedra.

Die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen gehen auf die Jahre vor dem Krieg von 1870 zurück. Sie standen in ihrer Masse auf dem Boden der Lassalleschen und Marxschen Lehren, erstrebten daher eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und lehnten den bestehenden Staat und die vorhandene Gesellschaft ab. Sie waren also das revolutionäre Element innerhalb der damaligen pluralistischen Gesellschaft.

Es entsprach dem Wesen dieser Gesellschaft, wenn es zu einer Verschränkung der Interessentenverbände mit den politischen Parteien kam (Otto Stammer). Als politische Partei soll in Anlehnung an Sulzbach bezeichnet werden eine freiwillige Vereinigung von Personen, die die gleichen ideologisch fundierten Anschauungen über die wünschenswerte Gestaltung von Gesellschaft und Staat hegen. Sie tun sich zusammen, um die Staatsgewalt zu erobern oder zum mindesten dahin zu beeinflussen, ihre Forderungen zu verwirklichen<sup>17</sup>.

Politische Parteien sind in einem Staat unentbehrlich, in dem verfassungsmäßig der Volksvertretung ein Recht eingeräumt ist, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Ihre Funktion ist es, dem politischen Willen des Volkes organisatorische Kraft zu geben und dadurch Einfluß zu verschaffen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen die Parteien über eine Organisation verfügen. Vom organisatorischen Gesichtspunkt aus kann man Rahmen- und Massenparteien unterscheiden<sup>18</sup>. Die Rahmenpartei vereinigt eine Anzahl einflußreicher, bekannter Persönlichkeiten, also Honoratioren, die die Führung übernehmen, den Wahlkampf organisieren und mit Hilfe von Spenden finanzieren. Es fehlt eine feste, von ständig tätigen, bezahlten Kräften aufgebaute Organisation, die sich über das ganze Land erstreckt und von einer Zentrale einheitlich geleitet wird. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder ist im Verhältnis zu den Wählern, die der Partei ihre Stimme geben, verhältnismäßig klein. Die Rahmenpartei ist daher meist Wählerpartei.

Die Massenpartei dagegen sammelt eine große Anzahl eingeschriebener Mitglieder, die mit ihren Beiträgen die Partei und die Wahlen finanzieren. Sie will ihre Mitglieder auch in den Zeiträumen zwischen den Wahlen politisch erziehen, weil sie den festen, übersehbaren Kern der Wähler bilden. Um sie zusammenzuhalten, ist eine gegliederte, über das Land sich erstreckende Organisation erforderlich; ihr

<sup>17</sup> Walter Sulzbach: Politische Parteien. In: Handwörterbuch der Soziologie. Stuttgart 1959. S. 425.

<sup>18</sup> Maurice Duverger: Die politischen Parteien. Tübingen 1959. S. 81 ff.

Rückgrat sind festangestellte, bezahlte Funktionäre sowie ehrenamtliche Vertrauensleute.

Unter den großen Parteien der siebziger und achtziger Jahre heben sich zwei große Gruppen heraus: die der Honoratiorenparteien und die der Massenparteien. Die erste Gruppe besteht wiederum aus einer konservativen und einer liberalen Parteigruppe. Die Massenparteien setzen sich ebenfalls aus zwei Weltanschauungsparteien zusammen. Auf der einen Seite steht das Zentrum als katholische Weltanschauungspartei und auf der anderen Seite die Sozialdemokratische Partei als Vertreterin des historischen Materialismus.

1. Die konservative Gruppe der Honoratiorenparteien wird von der Deutschkonservativen und der Freikonservativen Partei gebildet. Im Reichstag nannte sich die Freikonservative Partei Reichspartei.

Die alten preußischen Konservativen waren eine ausgesprochen preußisch-monarchische Partei, die aber dem neugeschaffenen Reich nur mit halbem Herzen zustimmte. Ihr höchstes Anliegen war es, den Preußischen Staat vor dem Aufgehen in Deutschland zu bewahren. Die Partei stand auch zu Bismarck in Opposition, weil er nach dem Krieg von 1866 den Konflikt zwischen Regierung und dem Abgeordnetenhaus durch die Indemnitätsvorlage endgültig beendet, weil er sich ferner bei der Begründung des Reiches vornehmlich auf die liberalen Kräfte gestützt, und weil er endlich durch die Kreisordnung von 1872 die Macht des Großgrundbesitzes in der ländlichen Verwaltung eingeschränkt hatte. Die Wahlen von 1873 zum Preußischen Abgeordnetenhaus und dann die zum Reichstag 1874 brachten den Konservativen so große Verluste, daß sie politisch bedeutungslos wurden. Nunmehr entschlossen sich die „reichspositiv“ eingestellten konservativen Kreise im Jahre 1876 zur Gründung der Deutschkonservativen Partei.

Die ideologischen Grundlagen der Deutschkonservativen gingen ebenso wie die der alten Konservativen auf F. J. Stahl zurück. Dieser sah im Staat ein Herrschaftsverhältnis, in dem sich das Volk dem Herrscher unterzuordnen hätte. Die Gewalt des Staates und des Herrschers ist durch die in den Lehren des Christentums begründete Ordnung beschränkt. Die Ordnung der Gesellschaft ist ständisch, wobei das Grundeigentum die Basis für die wichtigsten politischen Rechte sein soll. Die Deutschkonservativen verlangen eine kräftige obrigkeitliche Gewalt. Ihre Losung ist: „Autorität und nicht Majorität“. Wenn sie auch einräumen, daß eine wirksame Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung nicht zu umgehen sei, so soll sich diese Volksvertretung nicht auf dem allgemeinen Wahlrecht, sondern auf den

natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes aufbauen<sup>19</sup>.

Während aus diesen Erwägungen heraus die Partei für die Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft und für Agrarzölle eintrat, wandte sie sich sowohl gegen das große Geldkapital als auch gegen den Sozialismus. Sie dachte nicht daran, einen selbständigen vierten Stand mit seinen Emanzipationsbestrebungen anzuerkennen, denn dadurch müßte der patriarchalische Frieden zerstört werden, der in der Landwirtschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, vor allem in den östlichen Provinzen Preußens, noch herrschte und gepflegt wurde. Da man sich bewußt war, daß damals Politik dem ostelbischen Bauern und Landarbeiter nur zugänglich war über religiös-dynastische Empfindungen, wurde die Deutschkonservative Partei eine Partei der evangelischen Kirche und des Gottesgnadentums.

Regional lag das Schwergewicht der Deutschkonservativen in den östlichen Provinzen Preußens. Ihre ostdeutsche Orientierung, ihr Eintreten für die evangelische Kirche und die Landwirtschaft gestatteten ihnen nicht, die übrigen im Reich vorhandenen konservativen Kräfte politisch-organisatorisch zusammenzufassen. Die katholischen, konservativ eingestellten Kreise des Westens und des Südens suchten sich daher auf andere Weise politisch zur Geltung zu bringen. Das gleiche galt für die konservativ eingestellten Kräfte der west-süddeutschen und oberschlesischen Industrie. Die Wählerschichten der konservativen Partei bildeten die ostdeutschen Großgrundbesitzer, die Bauern und Landarbeiter im Osten, die evangelischen Geistlichen, höheren Beamten und ehemaligen Offiziere sowie Teile des Handwerks, das fürchtete, durch die fortschreitende Industrialisierung und durch die anwachsende Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Es fühlte sich durch die antikapitalistische Einstellung der Partei zu ihr hingezogen. Den Wählerschichten entsprechend waren 1871 bis 1881 über die Hälfte der konservativen Abgeordneten Rittergutsbesitzer und höhere Beamte. Industrielle und freie Berufe waren gar nicht vertreten<sup>20</sup>. In der deutschkonservativen Partei sammelten sich also die Kräfte, die der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung ablehnend gegenüberstanden, weil sie sich in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung gefährdet sahen und daher bestrebt waren, diese Entwicklung aufzuhalten. Da der Rittergutsbesitzer v. Helldorf-Bedra und der Graf zu Stolberg-Wernigerode gleichzeitig in der Leitung der Deutschkonservativen Partei und des Vereins der Steuer- und Wirt-

<sup>19</sup> Wolfgang *Treue*: Deutsche Parteiprogramme 1861—1961. Göttingen 1961. S. 65.

<sup>20</sup> Wilhelm *Kremer*: Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages 1871—1918. Kölner Phil. Diss. 1934.

schaftsreformer tätig waren, bestand eine enge Verzahnung mit diesem Interessentenverband der großen Landwirtschaft. So wurde im Kampf um die Bismarcksche Finanz- und Schutzzollpolitik die Partei mehr und mehr zur Interessentenpartei des ostelbischen Großgrundbesitzes. Sie wurde damit zu einer Klassenorganisation.

Die Freikonservative Partei oder, wie sie sich im Reichstag nannte, die Reichspartei, zeigte ebenfalls ein stark großagrarisches Gepräge. Die Masse ihrer Angehörigen war in Oberschlesien beheimatet, wo ein Teil der großen Grundbesitzer gleichzeitig auch Großindustrielle waren. Männer wie der oberschlesische Großgrundbesitzer Graf v. Bethusy-Huc, der Landwirt und Industrielle Wilhelm v. Kardorff waren ihre Führer. Kardorff gehörte ebenfalls dem Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer an und spielte eine führende Rolle im Zentralverband der Deutschen Industriellen. Auf diese Weise war die Verzahnung mit den beiden größten Interessentenverbänden gegeben. Trotzdem traten auch bei den Freikonservativen die industriellen Kaufleute und die freien Berufe gegenüber den Beamten und Großgrundbesitzern zurück, und damit erhielt auch diese Partei den Charakter einer Klassenvertretung. Bismarck nannte sie die Partei der vornehmen reichen Leute<sup>21</sup>, die Offiziere ohne Soldaten wären. Es war daher kein Wunder, wenn sie eine typische Rahmenpartei war, die sich auf das Ansehen einer Reihe von Honoratioren stützte. Politisch war die Reichspartei die „Partei Bismarck sans phrases“. Deshalb lehnte sie eine ideologische Festlegung ab; sie wollte, ohne an Dogmen und Doktrinen gebunden zu sein, die praktischen Fragen der Gegenwart im Sinne Bismarcks mit lösen helfen. Infolgedessen trat sie für die Freiheit der Kirche ein, ohne sich an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden, und verlangte Loslösung der politischen Rechte vom religiösen Bekenntnis. Eine starke Monarchie, die aber der Mitarbeit des Volkes bedarf, war für sie Selbstverständlichkeit. Eine ständische Ordnung der Gesellschaft schien ihr durch die Entwicklung überholt, und als Gefolgschaft Bismarcks trat sie für das allgemeine Wahlrecht ein. Aus dem gleichen Grunde lehnte sie das parlamentarische System ebenso wie die Demokratie ab, sondern verfocht das konstitutionelle System, wobei sie die Rechte des Parlaments streng gewahrt wissen wollte. Die Haltung der Partei war also rein pragmatisch, sie war eine Plattform und Rahmenpartei, in der sich vor allem diejenigen sammelten, die rückhaltlos für die Politik Bismarcks eintraten.

2. Die Gruppe der liberalen Honoratiorenparteien bestand aus der gemäßigten Nationalliberalen und der radikalen Fortschrittspartei.

<sup>21</sup> Otto v. Bismarck: *Gesammelte Werke* (G.W.). Bd. 8. S. 349.

Beide liberalen Parteien stützten sich auf die bürgerlichen Kreise. Sie trauten den Massen nicht, fürchteten die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse und konnten deshalb nie zu Massenparteien werden. Aus diesen Gründen mußte ihnen die Wirkung in die Breite fehlen, genau so wie das bei den konservativen Parteien der Fall war. Die Nationalliberale Partei war kleindeutsch mit einer unitarischen Note. Mit ihrer Hilfe hatte Bismarck das Reich geschaffen, und daraus erklärte sich der starke Einfluß der Nationalliberalen, vor allem in den siebziger Jahren. Nachdem das Reich errichtet worden war, sah sie ihre Aufgabe darin, einen monarchischen Bundesstaat mit den Bedingungen des konstitutionellen Rechts in Einklang zu bringen. Die Verfassung befriedigte sie nicht, weil sie kein verantwortliches Reichsministerium vorsah, und weil sie den unitarischen Gedanken zu wenig betonte, so daß das Reich zu sehr in der Abhängigkeit von den Bundesstaaten blieb. Im Parlament sahen die Nationalliberalen die Vereinigung der in der Nation lebendig wirkenden Kräfte, deren Einfluß auf die Politik im Rahmen der konstitutionellen Monarchie gestärkt werden mußte. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik war die Masse der Partei undoktrinär, während ein sogenannter linker Flügel manchesterlich orientiert für den Freihandel eintrat. Das führte über die Schutzzollpolitik von 1878 zu einer Spaltung der Partei, die den Einfluß der Nationalliberalen ständig zurückgehen ließ. Die Endziele des Liberalismus und die sich daraus ergebenden Folgerungen waren in den Aufrufen der Partei nicht klar umrissen<sup>22</sup>. Wohl fehlte den Nationalliberalen das Doktrinäre und das weltanschaulich Gebundene, aber auf der anderen Seite auch die klare politische Linie. Weil die Partei nicht weltanschaulich gebunden war, fühlte sie sich keinem Bekenntnis verpflichtet. Die führenden Persönlichkeiten standen religiös oft der liberalen protestantischen Theologie nahe. Im Katholizismus sah man Bestrebungen, die geistige Freiheit zu knechten, und das war der Grund, warum sich die Nationalliberalen am Kulturkampf führend beteiligten, obwohl sie dabei ihre liberalen Prinzipien verleugneten und die katholische Kirche ihrer Freiheit beraubten. Die Nationalliberale Partei war ebenfalls eine Rahmen- und Wählerpartei mit einer sehr differenzierten Zusammensetzung der Mitglieder. Unter den Abgeordneten spielte der Adel nur eine sehr geringe Rolle, dagegen waren die höheren Beamten, vor allem aus der Justiz, die Universitätsprofessoren, die freien Berufe und auch das industrielle Kapital stark vertreten. Die großen Unternehmer allerdings waren unter den Abgeordneten kaum zu finden, dafür aber die Generaldirektoren der großen Unternehmen und die Syn-

---

<sup>22</sup> *Treue*: a.a.O.

dici der industriellen Unternehmerverbände<sup>23</sup>. Vor allem nach 1878 begannen sich diese Persönlichkeiten in der Partei stark zu betätigen. Sie trugen dazu bei, daß die Nationalliberalen weitgehend in das Fahrwasser der industriellen Interessentenverbände gerieten, zu einer Partei des großen Kapitals wurden und damit die Fühlung mit den breiten Massen verloren.

Die andere liberale Gruppe war die Fortschrittspartei. Ihr Liberalismus war doktrinär an den Theorien von Rotteck und Welcker ausgerichtet. Da sie die Emanzipation des Bürgertums fortsetzen wollte, nahm sie den Kampf gegen Bismarck und gegen die Vorherrschaft des Adels auf. Mehr noch als die Nationalliberalen sah die Fortschrittspartei in der katholischen Kirche die Macht, die die Befreiung der Geister verhindern wollte. Aus allen diesen Gründen wollte sie das parlamentarische System und die Demokratie in Deutschland verwirklichen, aber dennoch die Monarchie erhalten. Aus ihrer doktrinären manchesterlichen Einstellung heraus lehnte sie die Schutzzoll- und Sozialpolitik Bismarcks ab; ebenso stimmte sie aus liberaler Überzeugung auch gegen das Sozialistengesetz. Im Widerspruch dazu beteiligte sie sich eifrig am Kulturkampf, um die katholische Kirche der Omnipotenz des Staates unterzuordnen. Die Omnipotenz des Staates schien ihr erwünscht, wenn sie in der Hand des Bürgertums und nicht des Adels lag<sup>24</sup>.

Die Fortschrittspartei wurde in den Jahrzehnten, von denen hier gesprochen wird, diktatorisch von Eugen Richter geführt. Der bayrische Gesandte Graf Lerchenfeld schildert Richter in seinen Erinnerungen als einen Mann, der ausschließlich der Politik lebte, und der Politik mit Opposition gegen die Regierung gleichsetzte. Er war eine kritische, aber negative Natur, obwohl er an Wissen, Arbeitskraft und Verstand weit den Kreis der durchschnittlich Gebildeten überragte<sup>25</sup>. Infolge dieser stets negativen, oppositionellen Haltung blieb die Fortschrittspartei eine unbedeutende Gruppe innerhalb des Parlaments, und die Interessentenverbände sahen in der Partei kein geeignetes Instrument, mit dem sie ihre Forderungen hätten durchsetzen können.

3. Ganz anders geartet war die Gruppe der Massenparteien. Im Zentrum war die Masse der deutschen Katholiken organisiert. Es war eine religiös fundierte Weltanschauungspartei, die die Freiheit der katholischen Kirche und die Gleichberechtigung der Katholiken ver-

<sup>23</sup> *Kremer*: a.a.O.

<sup>24</sup> Friedrich C. Sell: *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*. Stuttgart 1953. S. 248.

<sup>25</sup> Hugo Graf v. *Lerchenfeld-Köffering*: *Erinnerungen und Denkwürdigkeiten*. Berlin 1935. S. 261/62.

teidigen wollte<sup>26</sup>. Die Haltung des Zentrums in den siebziger Jahren gibt wohl am klarsten die Kölnische Volkszeitung wieder, die damals eines der wichtigsten Presseorgane des deutschen Katholizismus war, wenn sie schrieb: „Das Zentrum ist der berufene Verteidiger der Gesellschaft und ihrer legitimen Gewalten schlechthin gegen die liberalen und sozialistischen Angreifer. Es ist der berufene Schützer jeder diese Ordnung befestigenden Bestrebungen, der naturgemäße Bundesgenosse des Staates von dem Augenblick an, wo dieser der Kirche ehrlich die Hand bietet zu dem großen Werk der sozialen Wiedergeburt auf Grund der von Gott der Kirche zur letzten Hut und treuen Verteidigung übertragenen sozialen Grundsätze<sup>27</sup>.“

Das Zentrum war also eine religiös-politische Partei, wie das auf protestantischer Seite im gewissen Sinne die konservative Partei war. Im Zentrum war es nicht das wirtschaftliche Interesse, das die Partei zusammenhielt, sondern das einheitliche katholische Bekenntnis, das seine aus allen Gesellschaftsschichten stammenden Anhänger verband. Es war also im Gegensatz zu den Konservativen und Liberalen keine Klassenpartei. Dennoch fehlte dem Zentrum die feste Parteiorganisation. Organisatorisch wurde die Partei von den katholischen Volksvereinen getragen. Dann war sie eng verbunden mit den meist aus westdeutschen katholischen Bauern bestehenden Bauernvereinen, deren Führer, der Frhr. v. Schorlemer-Alst, auch maßgeblich in den leitenden Gremien der Zentrumspartei tätig war.

Da die Zentrumspartei eine Massenpartei war, mußten sich innerhalb der Partei Gruppen mit verschiedenen sozialen und politischen Auffassungen bilden. Politisch war allen gemeinsam eine stark föderalistische Einstellung, die darauf abzielte, die Macht des vorwiegend protestantischen Preußens einzuschränken. Weiter forderte man, daß das Parlament machtmäßig gestärkt und sein Budgetrecht erweitert würde. Parlamentarismus und Demokratie jedoch verfocht das Zentrum nicht; die konstitutionelle Monarchie sollte aufrechterhalten werden.

Nicht einheitlich und nicht eindeutig war die Gesellschaftsauffassung des Zentrums. Die Kreise um den Bischof v. Ketteler huldigten dem Ständegedanken, der darauf hinzielte, die politischen Parteien und die Parlamente zu beseitigen und den Klassencharakter der Gesellschaft zu überwinden. Es waren vor allem die Geistlichen, die unter der Führung des Prälaten Hitze der Ansicht waren: „Unser ganzes Leben muß wieder ständisch werden, von der Politik bis zum

<sup>26</sup> K. Bachem: a.a.O. Bd. I. S. 15.

<sup>27</sup> Nr. 193 v. 16. 7. 78; zitiert nach H. Tötter: Bismarck und das Zentrum. Kölner Phil. Diss. 1937. S. 11.



Vergnügen<sup>28</sup>.“ Darin berührten sich diese Zentrumskreise mit den Konservativen, aber sie unterschieden sich darin von ihnen, daß man im Zentrum die Emanzipation der Arbeiter anerkannte. Im Gegensatz zu Hitze und Ketteler waren Windthorst, und später auch Hertling, für eine parlamentarische Volksvertretung, und beide erkannten auch die Existenzberechtigung der bürgerlichen Gesellschaft an. So mußte die praktische Politik des Zentrums aus einem Kompromiß innerhalb der Partei hervorgehen, und mit Ausnahme der Kirchen-, Schul- und Kulturpolitik war diese Politik undoktrinär und weitgehend pragmatisch nüchtern an den jeweiligen Bedürfnissen der Zeit ausgerichtet. Von diesem Gesichtspunkt ließ sich die Fraktion des Zentrums auch leiten, als es um die Wirtschafts- und Sozialpolitik Bismarcks ging.

Die Schwerpunkte des Zentrums waren Rheinland-Westfalen, Oberschlesien und Bayern. Die Führung lag weitgehend in der Hand von Honoratioren, unter denen die katholische Geistlichkeit und die katholischen adligen Großgrundbesitzer eine maßgebende Rolle spielten. Unter den Abgeordneten der siebziger und achtziger Jahre fehlten noch die Arbeiter; Handel, Industrie und freie Berufe waren wenig vertreten. Stark beteiligt waren die Justizbeamten und dann die Geistlichen mit einem Fünftel und die Rittergutsbesitzer mit einem Viertel der Abgeordneten<sup>29</sup>.

4. Die zweite große Massenpartei bildeten die Sozialdemokraten. Sie bezeichneten sich als Arbeiterpartei und gaben damit ihren Charakter als Klassenpartei offen zu.

In der Sozialdemokratischen Partei hatten die Marxisten neben den Lasalleianern im Jahre 1875 an Einfluß gewonnen. Das Gothaer Programm von 1875 hatte allerdings nicht die Zustimmung von Marx gefunden. Als Kernpunkt stellte es den Satz auf, daß die Befreiung der Arbeiterschaft von den Fesseln des Kapitalismus das Werk der Arbeiter selbst sein müsse. Der Weg dazu wurde in der Überführung der Produktionsmittel in das gesellschaftliche Eigentum gesehen. Politisch sollte die freie Demokratie und die sozialistische Gesellschaft erkämpft werden. Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Vorrechte des Standes und der Geburt beseitigt, daß das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für alle Männer, die das 20. Lebensjahr überschritten hätten, gewährt, Staat und Schule von der Kirche getrennt und alle die Presse-, Vereins- und Koalitionsfreiheit beschränkenden Gesetze aufgehoben würden. Trotz aller Maßnahmen, die von den Behörden auf Grund des Sozialistengesetzes angewandt wur-

---

<sup>28</sup> Josef Hofmann: *Der ständische Gedanke und die Geschichtsauffassung des Zentrums*. Jur. Diss. Münster i. W. 1925. S. 28.

<sup>29</sup> Kremer: a.a.O.

den, um die Sozialdemokratische Partei zu unterdrücken, gelang es ihr, die Zahl der Mitglieder und der Wähler zu vermehren. Allerdings blieben die Sozialdemokraten im Reichstag zunächst noch eine unbedeutende Minderheitspartei.

Die Sozialdemokratische Partei war eine Mitgliederpartei mit einer bis ins kleinste ausgebauten Organisation. Ihren Anhang fand sie in erster Linie in der Arbeiterschaft der großen industriellen Betriebe, den unbemittelten Handwerkern, den schlecht bezahlten unteren Beamten von Post und Eisenbahn sowie in den Kreisen vor allem der jüdischen Intelligenz. Ihre Führer waren keine Honoratioren, sondern eine Wertelite, die sich in erster Linie zusammensetzte aus Arbeitern und dann aus Intellektuellen, die sich in der Organisation als Politiker, als Redner und als Gewerkschaftsführer bewährt hatten.

Ihre programmatischen Ziele brachten die Sozialdemokraten in Gegensatz zu den anderen Parteien, die einer Emanzipation des vierten Standes ablehnend gegenüberstanden, und ihr Kampf gegen die christliche Religion machte ihr auch die Kreise des Zentrums zu Feinden, die der Emanzipation der Arbeiter Verständnis entgegenbrachten. So konnte die Sozialdemokratie damals nur die Rolle einer ideologieverhafteten Oppositionspartei spielen.

Die soziologische Analyse hat eine Fülle von Mosaiksteinen geliefert, die es nun zu einem einheitlichen Bild zusammenzufügen gilt. Das neue Reich als Bundesstaat unterlag der Gefahr des Partikularismus. Daraus ergab sich die autoritäre Gestaltung der Reichsverfassung, mit deren Hilfe Bismarck den Partikularismus niederzuhalten hoffte. Bürokratie und die aus ihr hervorgehenden Minister sind eine Ständeselite, und dieser Elite steht die sich entwickelnde pluralistische Gesellschaft gegenüber. Mit dieser Gesellschaft hat die Elite nur eine lose Fühlung, ja, sie lehnt die neue sich bildende Gesellschaft im Grunde ab. Die Funktionen von Staat und Gesellschaft sind trotz Mohl und Lorenz von Stein nicht erfaßt, sondern man hält nach wie vor den Staat für das allein Dominierende. Nur er ist politische Macht und soll es auch bleiben. Daß daneben in der pluralistischen Gesellschaft neue gesellschaftliche Kräfte ans Licht drängen, wird verkannt. Man übersieht, daß Politik und Staat nicht mehr identisch sind.

Die Parteien als Ausfluß der bisherigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte halten an überholten Ideologien fest, sie werden doktrinär, aber dann, unter dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung, mehr und mehr zu klassenkämpferischen Interessentenparteien. Nur das Zentrum macht hier eine Ausnahme. Dabei werden die konservativen Parteien in den beginnenden Todeskampf des ostelbischen

Großgrundbesitzes hineingezogen. Die liberalen Parteien haben zwar die Einigung Deutschlands erreicht, aber darüber den Kampf um die Emanzipation des Bürgertums auf halbem Wege aufgegeben. Sie verleugnen die liberalen Grundsätze, werden einflußlos und verlieren auf diese Weise ihre gesellschaftliche Funktion, den Staat freiheitlich zu gestalten und das immer mehr an Bedeutung gewinnende Bürgertum politisch in den Staat einzugliedern. Das Unternehmertum hält sich daher von der aktiven Politik weitgehend zurück, so daß es die Fühlung mit Staat und Gesellschaft verliert. Dafür sucht es Anlehnung an die führende Schicht und ist bereit, Adelsprädikate anzunehmen.

Die Minderung der religiösen Werte schwächt die Integration vor allem der protestantischen, bürgerlichen Schichten. Aus diesem Grunde und um den Anschluß an die führende Elite zu gewinnen, wird der Reserveoffizier ein erstrebenswertes gesellschaftliches Ziel. Die strengen Auffassungen von der Standesehre des Offiziers, wie sie z. B. in den von König Wilhelm erlassenen Bestimmungen über die Ehrengerichte der Offiziere zum Ausdruck kommt, sollen einen Ersatz für die nicht mehr voll in Kraft stehenden religiösen Werte bilden und eine gesellschaftliche Integration herbeiführen, die aber nur einen Teil der Gesellschaft umfaßt, deren Integrationszentrum in erster Linie das Offizierkorps der preußischen Armee wird. Nicht mit Unrecht meint daher Robert Michels<sup>30</sup>, daß das deutsche Bürgertum Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Wege war, feudalisiert zu werden. Das ist auch mit ein Grund, warum demokratische Forderungen von den Parteien mit Ausnahme des Fortschritts und der Sozialdemokratie nicht erhoben wurden.

Für die Masse der deutschen Katholiken hatten die religiösen Werte immer noch ihre volle Bedeutung; sie waren sogar durch das Vaticanum noch befestigt worden. Das Integrationszentrum ist das übernationale, geistig mächtiger gewordene Papsttum. So kann auch der deutsche Katholizismus trotz mancher Gegensätze innerhalb seiner Anhänger sich politisch zu einer Massenpartei zusammenschließen.

Die andere Massenpartei endlich ist eine Klassenpartei, die den Kampf gegen Gesellschaft und Staat auf ihre Fahnen schreibt. Sie verhindert dadurch, daß die berechtigten und notwendigen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter von den anderen Gruppen verstanden und anerkannt werden.

Mit Ausnahme der radikalen Liberalen und der Sozialdemokraten erstrebt keine politische Partei den demokratischen, parlamentarischen Staat, keine der Parteien kämpft um eine wirkliche politische

<sup>30</sup> Robert Michels: *Zur Soziologie des Parteiwesens*. Leipzig 1925. S. 20.

Idee, weil auch das Reich keinem werbenden Gedanken diene. Bismarck hatte seiner Schöpfung keine über die Gegenwart hinausweisende Aufgabe gegeben<sup>31</sup>. So konnte sich kein für alle Gruppen verbindliches Integrationszentrum bilden.

Alles das wird deutlicher, wenn wir uns nunmehr mit den Persönlichkeiten befassen, die das Reich geschaffen und organisiert hatten, dann führend an seiner Spitze standen und seine Geschicke mitbestimmten.

### Die führenden Männer

Bismarcks Ziel war es, das noch in der Konsolidierung befindliche Reich vor den Gefahren des Partikularismus gegen das Machtstreben eines im wesentlichen oppositionellen Parlamentarismus und gegen die revolutionären Bestrebungen der Sozialisten zu schützen. Die Bedrohung des Reiches von außen erregte in ihm den *cauchemar* des *coalitions*, die Verhältnisse im Innern lasteten auf ihm wie ein Alpdruck des Parlamentarismus<sup>32</sup>. Die außen- und innenpolitische Lage verlangten eine kraftvolle, zielbewußte Leitung, und diese schien Bismarck nur möglich, wenn *eine* Person die Einheitlichkeit der Politik gewährleistete und die Verantwortung trug. Damit sind sein Wille zur Macht und sein Wille, das Reich durch einheitliche Führung machtvoll gedeihen zu lassen, nicht voneinander zu trennen<sup>33</sup>. „Ich will meinen König und das Königtum verteidigen gegen die Revolution, die offene und die schleichende, und ich will ein gesundes, starkes Deutschland herstellen und hinterlassen“, sagte er selbst einmal<sup>34</sup>.

Die großen staatsmännischen Erfolge hatten ihn mit einem Charisma umgeben, das ihn fast zu einer mythischen Person machte. Allenthalben war man der Überzeugung, daß Bismarck nur allein in der Lage wäre, die Geschicke des Reiches zu lenken. Bismarck war sich auch selbst bewußt, daß *nur er* diese Stelle voll ausfüllen könnte. Kaiser Wilhelm hatte ihn darin bestärkt, wenn auch das berühmte „Niemals“ als Antwort auf das Abschiedsgesuch vom März/April 1877 in das Reich der Legende gehört, wie es Werner Frauenthiel nachgewiesen hat<sup>35</sup>. Aber immerhin hatte ihm der Kaiser am 7. Mai 1876 geschrieben: „Preußen verliert seinen ganzen Halt, seine durch Sie geschaffene Stellung, wenn Sie nicht mehr an der Spitze der Ver-

<sup>31</sup> Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Stuttgart 1959. S. 43. W. M. Frhr. v. Bissing: Nationale Idee und politisches Ziel. In: Schmollers Jahrbuch 76. Jg. 1956. S. 604 ff. Werner Sombart: a.a.O. S. 472.

<sup>32</sup> Demmler: a.a.O. S. 40.

<sup>33</sup> Otto Becker: a.a.O. S. 243/44.

<sup>34</sup> G.W. 8. S. 426.

<sup>35</sup> G.W. 6. S. 79.

waltung stehen<sup>36</sup>.“ Der preußische Gesandte am Dresdner Hof berichtete dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, wonach der König von Sachsen geäußert hätte, kein Mensch verstehe so gut die Führung der äußeren Politik wie Bismarck<sup>37</sup>. Der württembergische Ministerpräsident v. Mittnacht versicherte wiederholt, daß die verbündeten Regierungen Bismarck als Reichskanzler nicht missen möchten<sup>38</sup>. Selbst Windthorst, wohl der mächtigste Gegner Bismarcks, sieht in ihm den einzigen Mann, der der zugespitzten Verhältnisse im Innern würde Herr werden können<sup>39</sup>. Dieses auf Erfolg begründete Charisma Bismarcks hat den Glauben an die Unfehlbarkeit politischer Doktrinen und damit auch das Gefüge der politischen Parteien stark erschüttert<sup>40</sup>.

Bismarck war konservativ, aber nicht im Sinne Stahls und der Konservativen Partei<sup>41</sup>. Aus seiner konservativen Haltung heraus sah er in den Massenparteien, wie sie im Zentrum und den Sozialdemokraten heranwuchsen, eine Gefährdung des Staates und der Ordnung. Er war ein Gegner jeglichen Einflusses der breiten Massen auf Staat und Regierung. Der Staat, so meinte er, dürfte nur von einer kleinen Schicht regiert werden. Diese Auffassung und seine Selbstherrlichkeit waren mit Parlamentarismus und mit Demokratie nicht in Einklang zu bringen. Allerdings glaubte er, daß die verwickelten Verhältnisse des modernen Staates von der Krone allein nicht mehr überblickt werden könnten, so daß eine konstitutionelle Regierungsform nicht zu umgehen wäre. Aber „es ist eine konstitutionelle Regierung nicht möglich, wenn die Regierung sich nicht auf eine größere Partei mit voller Sicherheit stützen kann, auch in solchen Einzelheiten, die der Partei vielleicht nicht gefallen“<sup>42</sup>. Das Parlament und die Partei, auf die sich die Regierung stützt, sollen wohl kontrollieren, aber nicht opponieren, sie sollen Schäden in der Verwaltung aufdecken, aber sich nicht mit der hohen Politik befassen, weil darüber nur Eingeweihte ein genügend sicheres Urteil gewinnen könnten<sup>43</sup>. Parteien sind im übrigen verantwortungslos, weil ihr Handeln auf Mehrheitsbeschlüssen beruht<sup>44</sup>. Die Volksvertretung soll also der Regierung

<sup>36</sup> H. Goldschmidt: *Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung*. Berlin 1931. S. 171.

<sup>37</sup> Goldschmidt: a.a.O. S. 324.

<sup>38</sup> G.W. 8. S. 494.

<sup>39</sup> K. Bachem: a.a.O. Bd. II, S. 311.

<sup>40</sup> Hartung: *Deutsche Geschichte 1871—1919*. Stuttgart 1952. S. 45.

<sup>41</sup> G.W. 8. S. 426.

<sup>42</sup> Otto v. Bismarck: *Gedanken und Erinnerungen*. Stuttgart 1959. S. 383.

<sup>43</sup> Heinrich v. Poschinger: *Bismarck und die Parlamentarier*. Bd. I. Berlin 1894. S. 60.

<sup>44</sup> Wilhelm Schüssler: *Bismarck und der Parlamentarismus*. Langensalza 1928. S. 24.

zur Seite stehen, sie soll ein „ministerielles Parlament“ (Oncken) sein, doch die „parlamentarische Demokratie blieb für Bismarck wohl das Böse schlechthin“<sup>45</sup>.

Für Bismarck stand der Staat im Mittelpunkt des Denkens und Handelns. Nur der Staat war für ihn eine Realität, der Begriff der Nation sagte ihm wenig<sup>46</sup>. Bismarcks Staatsauffassung war undoktrinär und pragmatisch. Sie beruhte nicht, wie bei den Liberalen, auf einer Ideologie, sie war auch nicht, wie beim Zentrum oder den Konservativen, religiös gebunden, auch wenn sie im lutherischen Christentum wurzelte. Er sah im Staat und der Kirche die beiden von Gott gewollten Ordnungsgewalten, wobei der Staat die irdischen Dinge zu regeln hätte und ihm in weltlichen Dingen ein unbedingtes Vorrecht vor der Kirche zustünde<sup>47</sup>. Das bedeutet keine Kirchenfeindschaft, aber ihm war keine Kirche höchste Autorität in Glaubensdingen; dem widersprach sein subjektives, dogmenfreies Christentum. Ein politisches Priestertum, gleich ob protestantisch oder katholisch, schien ihm die Existenz des Staates zu gefährden.

Diese Haltung zum Staat und zur Politik bekommt ihre besondere Note durch Bismarcks Charakter, ohne den sein ganzes politisches Wirken mit seinen Folgen nicht erklärt werden kann. Bismarck als Charakter und Persönlichkeit ist einer Schematisierung unzugänglich. Neben dem Genialen, dem Dämonischen und Gewaltigen war in seinem Charakter die Fähigkeit zu maßlosem Haß gegen seine politischen Gegner eingepflanzt. Dadurch ist es ihm oft nicht gelungen, auf dem Gebiet der inneren Politik Maß zu halten<sup>48</sup>. Bismarck war sehr selbstherrlich und vertrug sich wenig mit seinen Mitarbeitern.

Hinter Bismarck wirkte als stilltragende und wollende Kraft Kaiser Wilhelm I. Der Kaiser war sein ganzes Leben in erster Linie Soldat und dann Politiker. Politik war ein Gebiet, das ihm unsympathisch war. Seine Weisheit aber ließ ihn erkennen, daß Regieren ohne Politik nicht möglich wäre. So verließ er sich auf Bismarck, deckte ihn durch sein Charisma, das durch Bewährung und Alter entstanden war. Kaiser Wilhelm I. war aus tiefstem Herzen konservativ, und die liberale Politik Bismarcks, die schließlich zur Gründung des Reiches geführt hatte, war ihm wesensfremd. Im Jahre 1874 sagte er zum Fürsten Chlodwig Hohenlohe: „Man muß jetzt wieder konservativ werden; Bismarck gesteht das selbst“<sup>49</sup>. Diese konservative Haltung beruhte auf seiner religiösen Überzeugung. Die Krone,

<sup>45</sup> Hugo Preuss: Staat, Recht und Freiheit. 1926. S. 454.

<sup>46</sup> Werner Richter: Bismarck. Frankfurt a. M. 1962. S. 235.

<sup>47</sup> G.W. 11. S. 289.

<sup>48</sup> Wilhelm Mommsen: Bismarck. München 1957. S. 240.

<sup>49</sup> Hohenlohe: Denkwürdigkeiten. Bd. II. S. 133.

die er von Gottes Gnaden erhalten hatte, galt es in ihren Rechten gegenüber dem Parlament zu wahren und sie dem Parlament nicht unterzuordnen. Was für Bismarck der Staat war, war für den Kaiser die Krone. Der gemeinsame Kampf um die Rechte der Krone band ihn an Bismarck, und je älter er wurde, um so mehr ließ er ihm freie Hand<sup>50</sup>.

### Ergebnisse

Die Atmosphäre in den ersten Jahrzehnten des Bismarckischen Reiches war also spannungsgeladen. Das Verhältnis der Wechselwirkung von Staat und Gesellschaft war in seiner Fruchtbarkeit für die Entwicklung und damit auch für die Konsolidierung des Reiches nicht erkannt. Bismarck sah gerade in der Wechselwirkung von Staat und Gesellschaft eine Gefahr für die stetige, machtvolle, auf den Frieden hin ausgerichtete Außenpolitik, die seine eigenste Domäne war, von der er das Parlament fernzuhalten suchte. Ebenso wenig war ihm als protestantischem Christen das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche vertraut. War doch die evangelische Landeskirche durch das landesherrliche Summepiscopat fest mit dem Staat verbunden als eine unmittelbare Stütze des Thrones. Dann drohte die Wirtschaftskrise zusammen mit der Emanzipation der Arbeiterschaft das Reich in seinen Grundfesten zu erschüttern. Hier traten wirtschaftlicher und politischer Doktrinarismus den praktischen Lösungen entgegen. Darüber zersplitterten die Parteien, die bisher die Bismarcksche Politik gestützt hatten. Auf der anderen Seite bildeten sich die Interessentenverbände und suchten maßgeblichen Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Bismarck mußte versuchen, die Spannungen auszugleichen, denn er war der alleinige, verantwortliche Leiter der Politik. Damit waren alle Voraussetzungen für den Autoritativismus gegeben. Autoritativismus ist ein Herrschaftssystem, in dem die maßgeblichen politischen Entscheidungen von einer oder von nur wenigen Persönlichkeiten getroffen werden, die auf Grund ihres Charisma die politische Macht in ihren Händen weitgehend vereinigen, so daß sie das Parlament letzten Endes ihrem Willen unterwerfen können<sup>51</sup>. Diese beiden Persönlichkeiten waren Bismarck und der Kaiser. Wenn als Voraussetzung für die Demokratie die freie Wahl der politischen Initiative für den einzelnen und die Anerkennung des Staates hingestellt werden (Otto Stammer), so fehlten diese Voraussetzungen doch in erheblichem Maße in den ersten Jahrzehnten des Bismarckischen Reiches. Die kastenmäßige und noch dazu in stark feudalen

<sup>50</sup> Erich Marcks: *Kaiser Wilhelm I.* 9. Aufl. Berlin 1943. S. 302 ff.

<sup>51</sup> s. dazu Martin Draht: *Totalitarismus in der Volksdemokratie.* In: Bd. 11 der Schriften des Berliner Instituts für politische Wissenschaften. Köln 1958.

Auffassungen strukturierte Gesellschaft verhinderte die Entfaltung der freien politischen Meinung und Betätigung. Sie zwang vielmehr jeden zu einer seiner gesellschaftlichen Gruppe entsprechenden politischen Haltung. Es war gesellschaftlich unmöglich, daß ein Angehöriger der führenden Schicht nicht den Deutschkonservativen oder der Reichspartei seine Stimme gab. Den staatlichen Beamten wurde die Wahl der politischen Alternative weitgehend beschnitten. Bismarck meinte, daß die Beteiligung der Beamten bei den Wahlen im Sinne der Regierung ein Erfordernis des monarchischen Staates wäre. In diesem Sinne wurde auch auf die Beamten ein Druck ausgeübt<sup>52</sup>, und Bismarck erreichte es, daß dem Landrat Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath, der als Mitglied des Reichstages mit dem Fortschritt gegen die Regierung gestimmt hatte, vom Kaiser das Recht zum Tragen der Offiziersuniform entzogen wurde<sup>53</sup>.

Die Parteien waren kein wirkliches Gegengewicht gegen die Autokratie Bismarcks, weil sie weder für den Parlamentarismus noch für die Demokratie eintraten. Eine Ausnahme bildeten der Fortschritt und die Sozialdemokratie. Diese schied als bewegender Faktor aus, weil sie sich nicht zum Staat bekannte, und der Fortschritt war eine kleine Minderheit, die sich in negativer Opposition erging und dadurch keinen Anhang bei den breiten Massen hatte, auf denen sich eine Demokratie hätte aufbauen müssen. Für die Erziehung der breiten Massen zur Demokratie fehlte es an einer systematisch aufgebauten Selbstverwaltung, an einer freiheitlichen Regierungsform in den Bundesstaaten sowie an einem für alle verbindlichen Integrationszentrum.

Der Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll im Jahre 1878 und das Bestreben Bismarcks, durch die Zolleinnahmen das Reich auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen, veranlaßten die Liberalen und das Zentrum, den Einfluß des Reichstages auf die Finanzpolitik und die Finanzgebarung des Reiches zu verstärken, was ihnen auch gelang. Aber gleichzeitig fiel die nationalliberale Partei aus doktrinären Gründen über der Schutzzollfrage auseinander. Um die Annahme der Schutzzollgesetze durch den Reichstag zu gewährleisten, schlossen sich auf Veranlassung des früheren württembergischen Ministers v. Varnbühler, der als Abgeordneter dem Reichstag angehörte, 204 Abgeordnete der Deutschkonservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen und des Zentrums zu einer Volkswirtschaftlichen Vereinigung zusammen. Sie verfügte über die Mehrheit im Reichstag. Die großen wirtschaftlichen Unternehmerverbände, der Verein der Steuer-

<sup>52</sup> G.W. 8. S. 440.

<sup>53</sup> Baronin v. Spitzemberg: Tagebuch. Göttingen 1960. S. 192.



und Wirtschaftsreformer und der Zentralverband Deutscher Industrieller hatten dabei Pate gestanden. Der Volkswirtschaftlichen Vereinigung gehörten die führenden Persönlichkeiten der beiden großen Verbände an. Und in ihr vollzogen sie das wirtschaftliche, klassenmäßige und politische Bündnis zwischen ostelbischer Großlandwirtschaft und schwerer Industrie. Die Schutzzollgesetze bildeten von da an den Hebel, mit dem die großen Interessentenverbände ihre Ziele durchsetzten. Unter dem Einfluß der sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Kämpfe trat die Emanzipation des Bürgertums so in den Hintergrund, daß Demokratie und Parlamentarismus als politische Ziele gar nicht erst aufgestellt wurden.

Die Interessentenverbände gewannen unter diesen Umständen an Macht und Einfluß. So erreichten sie, daß zum Geschäftsführer der Volkswirtschaftlichen Vereinigung der Abgeordnete Bentzsch bestellt wurde, der Mitglied des Ausschusses des Zentralverbandes Deutscher Industrieller war. Weiter wurde in das Büro der vom Bundestag auf Antrag Bismarcks eingesetzten Kommission zur Revision des Zolltarifs der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Beutner, gewählt<sup>54</sup>. Auf diese Weise wurde die politische Macht nicht kanalisiert, sondern sie wurde zum Monopol der antidemokratischen Interessentenverbände gemacht. Es war dann folgerichtig, wenn im Jahre 1876 der Zentralverband der Deutschen Industriellen an Bismarck und den Bundesrat eine Adresse einreichte, in der er verlangte, in allen die Industrie und den Handel angehenden Fragen gehört zu werden<sup>55</sup>.

Diese Interessentenverbände sind Bismarck durchaus willkommen gewesen. Offenbar wurde in ihnen sein altes Ideal einer monarchischen Gewalt wieder wach, „welche durch eine unabhängige, ständische oder berufsgenossenschaftliche Landesvertretung so weit kontrolliert wird, daß Monarch und Parlament den bestehenden Zustand nicht einseitig, sondern nur gemeinsam ändern können“<sup>56</sup>. Tatsächlich machte er 1881 den Versuch, für Preußen einen Volkswirtschaftsrat und für das Reich einen Reichswirtschaftsrat als beratendes Organ des Kaisers ins Leben zu rufen, wobei er vom Zentralverband unterstützt wurde<sup>57</sup>. Zentrum und Konservative standen dem Plan nicht abgeneigt gegenüber, aber die Durchführung scheiterte am Widerstand des Parlaments. Daraufhin erklärte er im September 1883 einem Mitarbeiter gegenüber, der ihm bei der Ausarbeitung der sozialpolitischen Gesetze zur Hand ging, daß es ihm bei der Unfallgesetzgebung

<sup>54</sup> Siegfried v. Kardorff: Wilhelm v. Kardorff. Berlin 1936. S. 144.

<sup>55</sup> Kardorff: a.a.O. S. 127.

<sup>56</sup> G.W. 15. S. 15.

<sup>57</sup> K. Matzisch: Die Vertretung der Berufsstände als Problem Bismarckischer Politik. Marb. Phil. Diss. 1934. S. 12/14.

darauf ankomme, korporative Genossenschaften zu errichten. Das sollte nach und nach für alle produktiven Zweige durchgeführt werden. Sie sollten dann die Grundlage bilden für eine künftige Volksvertretung, die außerhalb und über dem Reichstag ein wesentlicher Faktor der Gesetzgebung werden müßte<sup>58</sup>. Diese Gedanken Bismarcks standen in krassem Gegensatz zu der im Gange befindlichen Entwicklung zur pluralistischen Gesellschaft. Er hatte die Funktion der pluralistischen Gesellschaft und ihren engen Zusammenhang mit der schnell fortschreitenden Industrialisierung verkannt. Berufsstände sind strukturell starr, die pluralistische Gesellschaft dagegen elastisch. Sie entspricht der im Verlauf der Industrialisierung ständig vor sich gehenden Berufsspaltung, die durch den technischen Fortschritt aufgelöst wird. Dieser bringt ununterbrochen neue Berufe hervor und verschiebt damit das Gewicht der einzelnen Berufe und Produktionszweige innerhalb von Wirtschaft und Gesellschaft<sup>59</sup>. Die Funktion der pluralistischen Gesellschaft ist es, den Ausgleich von Interessen und Konflikten herbeizuführen. Sie schafft Machtzentren und Kanäle, durch die die Gesellschaft Einfluß auf die Organe der politischen Willensbildung gewinnen kann<sup>60</sup>. Diese Machtzentren und Kanäle sind die Parteien, die Parlamente und die Interessentenverbände. Die Interessentenverbände allein sind nicht imstande, von dem begrenzten Horizont ihrer Interessen aus einen politischen Willen zu bilden, der das Ganze der Gesellschaft im Auge hat. Das ist die Aufgabe der politischen Parteien, innerhalb deren bereits eine Auseinandersetzung über die verschiedenen Interessen stattfinden muß. Denn eine Interessentengruppe ist kaum in der Lage, die Wahl eines Abgeordneten mit Erfolg durchzusetzen, wenn sie nicht von einer breiten Masse von Wählern unterstützt wird, die ihr nur die Parteien zuführen können. So sind in der pluralistischen Gesellschaft sowohl Parteien als auch Interessentenverbände notwendig, um den Staat instandzusetzen, das Zusammenleben und das Zusammenwirken der Menschen zu ermöglichen und zu sichern, die die Gesellschaft bilden.

Ebensowenig geglückt war Bismarcks Versuch, die Arbeiter in die pluralistische Gesellschaft einzugliedern. Er sah in den Bestrebungen der Sozialdemokratie nur das Negative und Umstürzlerische. Beides schien ihm angesichts der Arbeitslosigkeit, welche die Wirtschaftskrise und die sich anschließende Depression hervorgebracht hatten, auf fruchtbaren Boden zu fallen. Repressive Mittel, so hatte er er-

---

<sup>58</sup> Hans Rothfels: *Theodor Lohmann und die Kampffahre der staatlichen Sozialpolitik*. Berlin 1927. S. 63.

<sup>59</sup> Jean Fourastié: *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*. Köln 1954.

<sup>60</sup> Otto Stammer: *Politische Soziologie*. In: Gehlen-Schelsky: *Soziologie*. Düsseldorf 1955. S. 259.

kannt, reichten nicht mehr aus, um die tiefe Unzufriedenheit zu beseitigen, „man muß vielmehr das aus dem Wege räumen, was die Erwerbsfähigkeit der besitzlosen Klassen behindert“<sup>61</sup>. In einem praktischen Christentum muß der Staat die Existenz des Arbeiters sichern, wenn er von betrieblichen Unfällen und von Krankheit betroffen wird. Es soll das Verdienst Bismarcks um die Einführung der sozialen Versicherung nicht geschmälert werden, aber man darf doch nicht verkennen, daß er sich damit im Grunde nur auf das Gebiet der Caritas begeben hat. Diese Lösung hatte schon Ketteler als unzureichend bezeichnet. Denn die soziale Gesetzgebung gab dem Arbeiter nur das Recht, materielle Ansprüche an den Staat und an die Arbeitgeber zu stellen, aber das Herrschaftsverhältnis der Arbeitgeber zum Arbeitnehmer wurde nicht angetastet und seine gesellschaftliche Gleichberechtigung nicht durchgesetzt. Gleichzeitig stellten die Bestimmungen des Sozialistengesetzes eine ausgesprochene Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiter und ihre gesellschaftlichen und politischen Organisationen dar. Diese Diffamierung der Arbeiterklasse stand im Widerspruch mit dem Wesen der sozialen Versicherung. Das mußte den Arbeiter dem Staat und der Gesellschaft entfremden. Wenn der autoritäre Staat mit Polizeimaßnahmen gegen die Arbeiter vorging und sich als einen Staat bezeichnete, der praktisches Christentum betreiben wollte, so mußten in den Arbeitern die atheistischen Lehren des Marxismus an Überzeugungskraft gewinnen. Diese sahen dann im Christentum und der Religion nur die Ideologie, mit deren Hilfe sich das Bürgertum gegen die Emanzipation der Arbeiter wehrte. Ihre Eingliederung in die pluralistische Gesellschaft wurde erschwert<sup>62</sup>.

Aber gerade die Massenparteien, wie sie in der Sozialdemokratie und im Zentrum entstanden waren, erregten Bismarcks Argwohn. Er sah, wie sich im Westen Deutschlands die Massen zusammenballten. Diesen Vorgang gab es im agrarischen Osten nicht. Er war ihm fremd und mußte ihm auch fremd bleiben. Sobald er merkte, wie die Massen versuchten, Einfluß auf Staat und Gesellschaft zu bekommen, sah er darin eine Gefahr für sein Werk, die es abzuwehren galt. Er setzte die Massen ohne weiteres mit den Besitzlosen gleich, den *novarum rerum cupidi*. Wenn aber die Besitzlosen in ihrer Begehrlichkeit gegenüber der Besonnenheit und der konservativen Gesinnung der besitzenden Klasse das Übergewicht erlangten, so schien Bismarck die Gefahr der Revolution gegeben<sup>63</sup>. Das konnte wohl für die revolu-

<sup>61</sup> G.W. 6c. S. 205.

<sup>62</sup> Otto Vossler: Bismarcks Sozialpolitik. Hist. Zeitschr. Bd. 167. 1943.

<sup>63</sup> Valentin Gitermann: Die geschichtsphilosophischen Anschauungen Bismarcks. In: Arch. f. Sozwiss. u. Sozpol. Bd. 51. Tübingen 1928. S. 424.

tionäre Sozialdemokratie zutreffen, aber nicht für das in seinem Wesen doch stark konservative Zentrum. Aus dieser Einstellung zum Zentrum ging dann der Kulturkampf hervor.

Wenn es zum Kampf mit dem Zentrum kam, so war daran weder die Polenfrage schuld, die Bismarck in seinen Gedanken und Erinnerungen in den Vordergrund stellt<sup>64</sup>, noch das Unfehlbarkeitsdogma. Er sagt selbst: „Es ist ein landläufiges Mißverständnis, daß unser ganzer Kirchenstreit sich an das Vatikanische Konzil und an den Beschluß der Unfehlbarkeit geknüpft hat... Ich habe das als dogmatische Frage innerhalb der katholischen Kirche angesehen<sup>65</sup>.“ Der erste Gegensatz zum Zentrum tauchte auf, als das Zentrum bei der Eröffnung des ersten Reichstages beantragte, an den Kaiser eine Adresse zu richten mit der Bitte, daß sich das Reich für die Wiederherstellung des Kirchenstaates einsetzen möge. Bismarck sah darin einen Eingriff in seine ureigene Domäne der auswärtigen Politik und eine Schädigung des Verhältnisses zum Königreich Italien. Weiter hatte die Zentrumsparthei bei der Beratung der Reichsverfassung beantragt, die kirchenpolitischen Artikel der Preußischen Verfassung in die des Reiches zu übernehmen. Das bedeutete für Bismarck eine Bedrohung der staatskirchlichen Rechte der Bundesstaaten. Schließlich drang das Zentrum bei der Bearbeitung der Zoll- und Finanzgesetze auf eine strenge Beachtung der Rechte des Parlaments in den Fragen des Reichshaushaltes. Alles das waren keine ausreichenden Gründe, das Zentrum als staatsfeindliche Partei anzusehen. Mit den reichsfeindlichen Polen und Elsässern verband das Zentrum zwar der katholische Glaube, aber nicht die politische Überzeugung. Entscheidend für die Einstellung Bismarcks zum Zentrum war vielmehr seine Eigenschaft als weltanschaulich geschlossene Massenpartei, die außerdem über kluge und willensstarke Führer verfügte<sup>66</sup>. Mit Windthorst, der maßgebenden Persönlichkeit in der Führung des Zentrums, verband Bismarck bittere Feindschaft. In dieser an sich staatsershaltenden Partei sah er eine Bedrohung seines autoritären Regimes, das er nur durchführen konnte, wenn es ihm gelang, innerhalb der zersplitterten Parteien des Reichstages die eine Gruppe gegen die andere und die eine Partei gegen die andere auszuspielen. So war es Bismarck möglich, mit den alten, adligen und bürgerlichen Honoratiorenparteien fertigzuwerden, aber nicht mit einer Massenpartei, wie es das Zentrum war. Als der päpstliche Stuhl dann im Frühjahr 1871 Bismarcks Antrag ablehnte, dem Zentrum sein Mißfallen über dessen politische Haltung auszusprechen, kam es zum Kampf zwischen der weltlichen

<sup>64</sup> G. u. E. Stuttgart 1959. S. 373.

<sup>65</sup> G.W. 13. S. 297.

<sup>66</sup> Lucius v. Ballhausen: Bismarckerinnerungen. 1921. S. 185.

und der geistlichen Autorität, in dem Bismarck der Sieg versagt blieb. Der Kulturkampf war also ein auf die falsche Ebene geratener Kampf Bismarcks gegen die Massenpartei des Zentrums. Dieser Kampf stärkte gerade deswegen das Zentrum und verschaffte ihm einen ständigen Zuwachs an Stimmen und an Abgeordnetenmandaten. Da der Liberalismus in der Schutzzollfrage auseinandergebrochen war, wurde die Zentrumsfraktion im Reichstag zu einem gewichtigen, oft ausschlaggebenden Faktor, so daß der Kulturkampf genau das Gegenteil von dem bewirkte, was Bismarck erstrebt hatte. Doch die im Grund konservative Haltung des Zentrums verhinderte es, daß die Massenpartei nach dem Siege zum Schrittmacher der Parlamentarisierung und Demokratisierung wurde.

In den ersten Jahrzehnten des Bismarckischen Reiches ging die Umwandlung der deutschen, noch stark agrarisch-feudalistischen Gesellschaft zur pluralistischen Industriegesellschaft schnell vor sich. Es gelang jedoch nicht, den Autoritarismus durch Demokratie und Parlamentarismus abzulösen. Dem standen auch mit Ausnahme der Fortschrittspartei und der Sozialdemokraten alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte entgegen. Das Bürgertum gab den Kampf um die Beendigung seiner Emanzipation vorzeitig auf, die politischen Parteien besaßen kein klares politisches Ziel, deshalb keinen Willen zur Macht und außerdem mangelte es ihnen an politischer Tradition. Die beiden Kirchen endlich waren politisch konservativ eingestellt und lehnten Demokratie und Parlamentarismus ab. Das aber heißt nichts anderes, als daß die Deutschen als „verspätete Nation“ (Plessner) zur Demokratie weder reif noch entschlossen waren, so daß politische und gesellschaftliche Struktur im Widerspruch zueinander lebten.